

Professor Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz  
Vize-Präsident des BVerfG i.R.

30625 Hannover  
Müdener Weg 45  
Handy.: [REDACTED]

11.02.2011

Herrn Landtagspräsidenten  
Hermann Dinkla  
**persönlich**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Dinkla,

als obersten Repräsentanten der Volksvertretung des Landes Niedersachsen bitte ich Sie, sich des Themas Abschiebung Geduldeter anzunehmen. Die Sache ist längst keine Angelegenheit des Innenministeriums, Kommunalen Behörden und der Polizei mehr. Vielmehr berührt sie das Ansehen des Landes selbst als eines Landes, für das das Gebot der Achtung und des staatlichen Schutzes der Würde jedes einzelnen Menschen ohne einen Unterschied das oberste Gebot staatlichen Handelns ist. (Art. 1 I GG)

Abschiebungen verletzen sowohl in der Sache wie in der Form die Würde des Menschen. Sie haben entgegen dem strikten Verfassungsgebot, dass Familie unter staatlichem Schutz steht, Familien auseinandergerissen und sie geschahen ohne die hinreichende Vergewisserung, dass der Staat, in den abgeschoben wird, die Personen nicht inhaftiert oder hilflos lässt.

Sie selbst sind aus zahlreichen Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Landtages darüber unterrichtet, dass es weitere Anstände gibt. Sie wissen auch, dass neben anderen Organisationen die Oberhirten der Kirchen Niedersachsens aus christlichem Gewissen vergeblich versucht haben, Änderungen der Praxis zu erreichen. Wer immer sich in dem Komplex Abschiebungen aus Niedersachsen engagiert, besorgt nicht die Geschäfte der Opposition, ist auch kein weltferner Idealist sondern gehört zu den Menschen, die auf das Schmerzlichste betroffen sind, dass in diesem Bundesland Dinge passieren, die nicht hätten

geschehen dürfen, wenn es seinen Ruf behalten will, dass Menschlichkeit gegenüber allen Personen und in allen Lagen, auch gegenüber den Geduldeten, zu Tage tritt.

Mir scheint, dass die Dimension des Themas ein Handeln des niedersächsischen Landtagspräsidenten als des herausragenden Vertreters des Volkes in Niedersachsen nahe legt: Es könnte ein Runder Tisch gebildet werden, zu dem Sie selbst, Fraktionsvertreter, der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, das Innenministerium, die Kirchen, der Flüchtlingsrat, die Härtefallkommission und ein Vertreter der Roma gehören. Ob Ergänzungen geboten sind, werden Sie beurteilen. Hier wird erörtert, was Beschwer gemacht hat, was Empörung und Unverständnis hervorgerufen hat und es werden Richtlinien erarbeitet, die das Innenministerium als Maßgaben akzeptieren würde.

Das täte unserem Land gut und könnte zu einer Befriedung in diesem schwierigen Thema führen.

Ich bin mit freundlichen Grüßen und Wünschen für Ihre Arbeit

(gez.)  
Ernst Gottfried Mahrenholz